

„Erpressung der Landwirtschaft“

Emsländische Bauernbewegung kritisiert Volksbegehren / Enttäuscht vom Nabu

Von Matthias Engelken

MEPPEN Mit deutlichen Worten kritisieren emsländische Vertreter der Bauernbewegung „Land schafft Verbindung“ das Volksbegehren „Artenvielfalt“.

Als einen „Schlag ins Gesicht“ bezeichnet Matthias Everinghoff das Vorhaben. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen, der Naturschutzbund (Nabu) Niedersachsen und der Deutsche Berufs- und Erwerbs-Imker-Bund hatten dies in den vergangenen Wochen vorangetrieben (wir berichteten). Grob gesagt, geht es darum, die Artenvielfalt zu erhalten und zu stärken, doch der Weg ist umstritten. Der Schapener Landwirt Everinghoff ist erzürnt.

Er ist Sprecher der Gruppe „Land schafft Verbindung Gruppe NOH/EL“, einer deutschlandweiten Bewe-

gung, die sich derzeit als eigenständige Vereinigung aufstellt. Mehrere Tausend Mitglieder allein aus der hiesigen Region gehören mittlerweile dazu. In den letzten Zügen steckt die Vereinsgründung, Grund genug also, auch ein Statement zum Volksbegehren abzugeben.

Das hatte das Emsländische Landvolk (VEL) als bisher alleinige hiesige Bauernvertretung bereits getan, doch LSV möchte sich ebenfalls positionieren und findet dabei deutliche Worte: „Die Grünen missbrauchen das Instrument des Volksbegehrens als Wahlkampfhilfe im Hinblick auf die 2021 anstehenden Wahlen, obwohl es dazu gedacht ist, Anstöße aus dem Volk heraus an die Politik zu geben“, sagt Everinghoff.

Dabei würden er und seine Berufskollegen durchaus den Wertewandel in der Gesell-

schaft erkennen. „Die gesellschaftlichen Anforderungen an Landwirtschaft unterliegen zurzeit einem grundlegenden Wandel. Werte wie Artenvielfalt und Gewässerschutz bekommen, neben der Ernährungssicherung, eine große Bedeutung“, sagt der Milchviehalter.

Niedersächsischer Weg

Um dem Rechnung zu tragen, hätte sich das Landvolk zusammen mit der Politik und einigen Naturschutzverbänden auf den Weg gemacht, den sogenannten „Niedersächsischen Weg“ zu beschreiten und dem Umweltschutz mehr Raum zu geben. „Während der Beratungen dazu begann der Nabu, ohne die anderen Teilnehmer davon in Kenntnis zu setzen, mit der ersten Phase des Volksbegehrens und unterschrieb dennoch kurze Zeit später den „Niedersächsi-

schen Weg“. Und das, ohne das Volksbegehren, das zusammen mit den Grünen auf den Weg gebracht wurde, zu stoppen“, ist der Schapener vom Verhalten des Naturschutzbundes enttäuscht.

Er meint, der „Niedersächsische Weg“ sei für ihn und für viele Landwirte schon kaum zu tragen und solle dann unter dem Drohszenario des Volksbegehrens Artenvielfalt verhandelt werden. „Was für eine Erpressung der Landwirtschaft“, wählt der Emsländer klare Worte. „Der Nabu, der 2018 immerhin 5,2 Millionen Euro an Agrargeldern erhalten hat, versucht sich so als Steigbügelhalter für den Wahlkampf der Grünen“, meint er.

Der Verband fordere biologische Stationen, um ihm nahe Personen mit Jobs zu versorgen, obwohl Jäger und Landwirte in der Expertise genauso geeignet wären, be-

hauptet Everinghoff. Für Parteien gäbe es jedoch den Landtag.

„Ärgerlich ist zudem an beiden Wegen, Volksbegehren und ‚Niedersächsischer Weg‘, dass wiederum die Landwirtschaft die Hauptlast tragen soll. Da hilft es nicht einmal, systemrelevant zu sein.“ Mit den Forderungen nach mehr Ökolandbau und Seitenstreifen an Gewässern würde ökologisches Landgrabbing, also Landraub, auf Kosten der Natur, auf den Flächen am Amazonas betrieben. „Denn Deutschland importiert unterm Strich jetzt schon mehr Nahrungsmittel, als es exportiert. Jedes Kilogramm Getreide, was hier nicht produziert wird, muss also importiert werden“, verdeutlicht der Agraringenieur seine Kritik.

Für ihn ist es ein Rätsel, wie auf Grundlage dessen in

Deutschland mehr Ökolandbau betrieben werden solle, „mit rund 50 Prozent weniger Ertrag als in der konventionellen Landwirtschaft. Noch dazu mit breiteren Gewässerabständen, also kleineren Flächen.“

Kooperativer Ansatz

Deshalb setzen er und seine Mitstreiter auf die Kooperation mit allen Beteiligten, auch weil die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Nabu vor Ort auch im Emsland gut funktioniert, wie Everinghoff sagt.

„Wir sind für mehr Umweltschutz, bevorzugen aber ganz klar den kooperativen Ansatz, den ‚Niedersächsischen Weg‘, und nicht das Ordnungsrecht wie beim Volksbegehren. Wir hoffen deshalb, dass kritische Punkte des ‚Niedersächsischen Weges‘ noch besser gelöst werden.“